

**Rede der SPD-Fraktionsvorsitzenden Katja Pähle  
zu TOP 4 der Landtagssitzung am 24.3.2022:  
Sachsen-Anhalt – solidarisch mit den  
Ukrainerinnen und Ukrainern**

Anrede,

heute vor vier Wochen begann der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Einen Tag später gaben wir als Landtag mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und der Zustimmung zu einem von allen demokratischen Fraktionen getragenen Antrag ein eindrucksvolles Bekenntnis ab, wo wir stehen:

- gegen den von Putin befohlenen Überfall,
- gegen den Versuch, die unabhängige Ukraine zu zerschlagen,
- gegen Krieg und Gewalt in den internationalen Beziehungen –
- **solidarisch an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer!**

Seitdem ist viel geschehen. Seien wir ehrlich:

Viele von uns – und ich will mich da gar nicht ausnehmen – hätten es nicht für möglich gehalten, dass die Ukraine der Übermacht der russischen Armee überhaupt solange standhalten kann.

Und deshalb möchte ich am Anfang dieser Debatte noch einmal dem **Respekt** des Hohen Hauses Ausdruck geben:

- dem Respekt vor der **Standhaftigkeit** der Menschen in der Ukraine,
- dem Respekt vor dem **Mut**, mit dem sie für eine unabhängige und demokratische Ukraine kämpfen,
- dem Respekt vor der **Entschlossenheit**, mit der sie ihr Land verteidigen,
- dem Respekt vor der **Kraft**, mit der unter schwierigsten Umständen
  - Menschenleben gerettet werden,
  - Evakuierungen organisiert werden,
  - Atomanlagen vor dem Kollaps bewahrt werden;

um nur einige Beispiele zu nennen.

**Keines** der Probleme, mit denen **wir** in der Folge dieses Krieges zu tun haben, ist mit den Opfern und den Belastungen zu vergleichen, die die Ukrainerinnen und Ukrainer meistern müssen. Das sollten wir bei unseren Diskussionen nie vergessen.

Anrede,

die Menschen in Deutschland und Sachsen-Anhalt reagieren mit großer Anteilnahme auf den Krieg gegen die Ukraine.

Vieles von dem, was wir heute in den Städten und Gemeinden unseres Landes beobachten, erinnert an die Situation im Jahr 2015. Die spontane Hilfsbereitschaft ist sogar noch größer als seinerzeit.

In ganz großem Maße sind es **Privatpersonen**, die Flüchtlinge aus der Ukraine willkommen heißen, erste Orientierungshilfen geben, Übersetzungsdienste leisten und in vielen Fällen auch Wohnraum zur Verfügung stellen.

Auch private Initiativen, die Fahrten zur ukrainischen Grenze organisieren – mit Hilfsgütern hin, mit geflüchteten Menschen zurück –, sind ein Ausdruck der großen Anteilnahme und Solidarität in unserem Land.

Aber vieles ist eben auch anders als 2015.

Die Erfahrungen von damals und die seither entstandenen Strukturen haben dafür gesorgt, dass Staat und Kommunen diesmal besser darauf vorbereitet sind, mit einer solchen Krisensituation umzugehen.

Das vielleicht markanteste Beispiel dafür ist die schnelle Entscheidung der EU-Innenminister, die Massenzustrom-Richtlinie anzuwenden und damit die unbürokratische Einreise ebenso zu ermöglichen wie einen direkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Diese Entscheidung hat die Verfahren erheblich vereinfacht und beschleunigt.

Aber noch etwas anderes ist anders als damals, und das ist wesentlich bedeutender dafür, wie die Menschen in diesem Land mit der Situation umgehen:

**Alle spüren, wie nahe uns dieser Krieg kommt.**

Alle wissen, dass die Folgen dieses Krieges uns direkt betreffen: humanitär, wirtschaftlich und finanziell.

Viele fürchten, dass die Gefahr einer Ausweitung des Krieges nicht gebannt ist und dass auch Deutschland und ganz Europa in diesen Konflikt hineingezogen werden könnten.

**Und sie haben recht damit.**

Deshalb haben wir uns in der Koalition dazu verabredet, heute erneut Position gegen Putins Krieg zu beziehen und in einem Antrag auf all die Themenfelder einzugehen, auf denen Sachsen-Anhalt handeln kann – und muss.

Auf einige möchte ich an dieser Stelle näher eingehen.

Anrede,

die erste, drängendste und wichtigste Aufgabe ist die Aufnahme und Unterbringung der geflüchteten Menschen. Mit spontaner Hilfsbereitschaft allein ist diese Aufgabe jedoch auf Dauer nicht zu stemmen.

Wir wissen nicht, wie lange dieser Krieg dauern wird. Deshalb kann es auch keine belastbaren Prognosen geben, wie viele Menschen wir bei uns aufzunehmen haben. Die Schätzungen reichen von vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich auf die Flucht begeben, bis hin zu acht Millionen – so die Außenministerin – oder sogar zehn Millionen, wie es die EU vermutet. Wir wissen es nicht.

Doch auch wenn es gelingen sollte, die Ankommenden einigermaßen gerecht auf die Mitgliedsstaaten der Europäische Union zu verteilen und innerhalb Deutschlands auf die Bundesländer:

## **Am Ende sind es Städte und Dörfer, in denen die Menschen Aufnahme finden.**

Deshalb ist es ganz entscheidend, dass die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden und nicht auf ihren Kosten sitzen bleiben.

Dasselbe gilt für die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für die Menschen engagieren, die aus der Ukraine zu uns kommen. Viele der Menschen, die sich dieser Aufgabe widmen, haben selbst eine Migrationsgeschichte: als deutsche Spätaussiedler, als jüdische Kontingentflüchtlinge, als Zuwanderer aus Russland, aus der Ukraine, aus Polen oder auch aus Syrien. Das sind Menschen, die selbst erfahren haben, was es bedeutet, sich auf ein fremdes Land und auf das Leben in einer neuen Umgebung einzulassen.

Und dabei haben sie alle natürlich vor allem eins erfahren:

## **Sprache ist der Schlüssel zur Integration.**

Es liegt deshalb auf der Hand, dass Kitas und Schulen auch diesmal eine Kernaufgabe erfüllen.

Spracherwerb in der Gemeinschaft mit Gleichaltrigen ist der beste Weg zur Integration.

Deshalb unterstützen wir die Landesregierung bei dem eingeschlagenen Weg: zunächst **Ankunftsklassen** zu bilden, in denen vorübergehend auch muttersprachlicher Fachunterricht erteilt wird, gleichzeitig jedoch **Lehrerinnen und Lehrer für Deutsch als Zweitsprache** einzustellen, damit die Kinder verlässlich die deutsche Sprache lernen können. Beides zusammen ebnet den Weg in den **gemeinsamen Regelunterricht**.

Ich begrüße ausdrücklich, dass das Landesschulamt in dieser Woche klargestellt hat, dass auf den Aufbau dieser Strukturen nicht gewartet wird. Schulpflichtige Kinder, die vor Ort gemeldet und auf ihren Gesundheitszustand untersucht worden sind, nehmen von Anfang an am Schulunterricht teil. – Auch dieses klar strukturierte Vorgehen unterscheidet sich erheblich von der Situation des Jahres 2015.

Anrede,

über den Zugang zum Arbeitsmarkt habe ich schon gesprochen. Genauso wichtig ist es natürlich, dass junge Menschen, die unter den Bedingungen des Krieges ihr Studium oder ihre Ausbildung in der Ukraine nicht fortsetzen können, in Deutschland die Chance auf eine Fortsetzung und auf einen Abschluss haben.

Und ich begrüße es ausdrücklich, dass die Bundesinnenministerin – über den europäischen Rechtsrahmen hinaus – auch für Studierende aus Drittstaaten, die aus der Ukraine fliehen mussten, ein Aufenthaltsrecht in Deutschland sichergestellt hat.

Anrede,

ich möchte noch auf zwei Forderungen aus dem Antrag der Linken eingehen. Ich denke, es ist weder notwendig noch sinnvoll, zwei Anträge zu beschließen. Aber in Ihrem Antrag sind zwei Punkte enthalten, die ich nachdrücklich unterstütze.

Das ist zum einen die Forderung nach einem sicheren Aufenthaltstitel für Menschen, die als Deserteure, als Kriegsdienstverweigerer oder als Gegner von Putins Krieg aus Russland fliehen müssen. Wir sehen mit Schrecken, wie die Repression in Russland von Tag zu Tag zunimmt. So wie wir ukrainische Flüchtlinge als Opfer dieses Krieges unter uns willkommen heißen, sollten wir das auch mit denen tun, die ihre Freiheit aufs Spiel setzen, um den Kriegskurs der russischen Führung zu stoppen.



Wir haben aus gutem Grund in unseren Antrag geschrieben:

„Die wirtschaftlichen Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft richten sich gegen die Verursache und Profiteure des Krieges. Sie richten sich **nicht gegen russische Sprache und Kultur**. Der Landtag plädiert dafür, zwischenmenschliche und kulturelle Kontakte zur russischen Zivilgesellschaft soweit wie möglich aufrechtzuerhalten und für einen Dialog im Interesse des Friedens zu nutzen.“

Deshalb wenden wir uns auch entschieden gegen antirussische Hetze und Übergriffe im Alltag.

Anrede,

was ich an dieser Stelle ebenfalls aufgreifen möchte, ist der Schutz vor sexueller Ausbeutung und Menschenhandel. Dass Frauen und Kinder auf der Flucht neuen Gefahren durch solche Verbrechen ausgesetzt sind, gehört zu den deprimierenden Beobachtungen der letzten Wochen. Ich weiß, dass die Beratungsstelle VERA bereits im Einsatz ist, um für diese Risiken zu sensibilisieren und Hilfe anzubieten.

Anrede,

mit unserem Antrag wollen wir auch auf die Risiken eingehen, die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg auf die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt zukommen. Dabei stehen aktuell natürlich die Sicherheit der Energieversorgung und die Entwicklung der Energiepreise im Vordergrund.

Es ist gut für unser Land, dass die Bundesregierung – in Übereinstimmung der Koalitionspartner – alles daransetzt, so schnell wie möglich unabhängig von russischem Öl, Gas und Kohle zu werden.

Und es ist ebenso richtig und wichtig, dass die Bundesregierung die Risiken eines **sofortigen** Energieboykotts gegen Russland nicht auf die leichte Schulter nimmt. Trotz aller Reserven, Bezugsalternativen und Einsparmöglichkeiten wären Versorgungsengpässe für Verbraucher und Industrie unvermeidbar, und die Gefahr unkontrollierter Preissteigerungen wäre real.

Die jüngste Forderung Russlands – die Bezahlung von Energielieferungen nur noch in Rubel – zeigt uns allerdings, dass die Möglichkeit eines plötzlichen Lieferstopps keineswegs vom Tisch ist und dass wir auf alle Eventualitäten gefasst sein müssen.

Die Preise sind schon jetzt erheblich gestiegen, und das liegt nicht an Krieg und Sanktionen. Es liegt an Spekulationen und Mitnahmeeffekten, für die vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche zahlen.

Kurzfristige Maßnahmen gegen diese Energiepreissteigerungen sind erforderlich, und die Koalition in Berlin hat sich heute auf ein Maßnahmenpaket dafür verständigt:

- Pauschalzahlungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Familien und Leistungsbezieher
- eine befristete Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe
- und ein günstiges Ticket für den Umstieg auf den ÖPNV

Ich finde, das ist ein gelungenes Paket, um die richtige Antwort auf die Preispolitik der Mineralölindustrie zu geben.

Allein mit kurzfristigen finanziellen Hilfen und mit **neuen Bezugsquellen für alte Energien** ist es aber nicht getan. Die jetzige Krise sollte auch Ansporn sein, **jetzt erst recht** den Kampf gegen den Klimawandel aufzunehmen und die Wende hin zu erneuerbaren Energien zu **beschleunigen**.

Markus Söder hat heute Morgen – gegen jede technische Evidenz – für längere Laufzeiten von Atomkraftwerken geworben und gefordert:

„Es muss Schluss sein mit Ausstiegen aller Art.“

**Aber das Gegenteil ist richtig:**

Wir müssen schneller und planvoller werden beim Umstieg, um unsere Energieunabhängigkeit zu sichern!

Ganz wichtig ist dafür ein neues Planungsrecht, das Photovoltaik, Windkraftwerke, Wasserstoffherzeugung, Energiespeicher und Energieleitungen in bisher nicht gekanntem Ausmaß und Tempo möglich macht.

**Wann, wenn nicht jetzt**, wollen wir diesen Weg einschlagen?

Anrede,

dass wir mehr Investitionen in den Bevölkerungsschutz ebenso brauchen wie ein Cybersicherheitsgesetz, will ich hier nur kurz erwähnen; auch darauf geht unser Antrag ein.

Und er enthält einen ganz, ganz wichtigen Satz:

„Der Landtag wird zusätzliche Aufgaben, die sich in dieser Situation für das Land und die Kommunen ergeben, bei den weiteren Beratungen und Beschlussfassungen über den Landeshaushalt 2022 berücksichtigen.“

Ich weiß, dass die beteiligten Ressorts – bei allen Unwägbarkeiten – an Kostenschätzungen zu diesen Maßnahmen arbeiten. Wir alle werden dafür Sorge tragen müssen, dass der Mehrbedarf aus dem Gesamthaushalt aufgebracht werden kann. Bei Corona haben wir gezeigt, dass das geht.

Anrede,

über die möglichen Folgen des Ukraine-Kriegs für unser Land habe ich gesprochen.

Über die **größte Gefahr**, die von diesem Krieg für uns alle ausgeht, aber noch nicht.

Die größte Gefahr ist die einer Ausweitung auf andere Länder, mit möglichen verheerenden Auswirkungen für ganz Europa und für die Welt.

„**Die NATO wird nicht Kriegspartei**“, hat Bundeskanzler Scholz gestern im Bundestag unmissverständlich klargestellt.

**Deutschland** wird nicht Kriegspartei.

Wenn ganz Europa brennt, ist der Ukraine damit nicht geholfen.

Mit harten Sanktionen, mit der Lieferung defensiver Waffen und mit Sicherheitsgarantien für die NATO-Staaten Osteuropas stärken Deutschland und seine Partner der Ukraine den Rücken.

Aber ein militärisches Eingreifen in den Krieg in der Ukraine darf und wird es nicht geben.

Anrede,

unser Blick auf Osteuropa hat sich durch diesen Krieg verändert. Der russische Überfall, die unverhohlenen Drohungen Putins gegen die Existenz der Ukraine und deren hartnäckiger Widerstand gegen die vorrückenden Angreifer haben nach meinem Eindruck vielen Menschen in Deutschland die Ukraine als große, eigenständige Nation in unserer Nachbarschaft erst bekannt und bewusst gemacht.

Was für eine große Rolle das Land zum Beispiel für die Welternährung spielt, haben bis vor wenigen Tagen wahrscheinlich die wenigsten in unserem Land gewusst.

Ich bin überzeugt: Wenn dieser Krieg überstanden ist, wird die Ukraine ihren Platz mitten in Europa haben und dauerhaft eine wichtige Rolle spielen.

Ich will noch einmal den Bundeskanzler zitieren. In seiner Regierungserklärung nach dem russischen Überfall gab es einen Satz, der zu Unrecht wenig beachtet wurde. Aber er bleibt richtig, Zeitenwende hin oder her. Der Satz lautet:

**„Dauerhaft ist Sicherheit in Europa nicht gegen Russland möglich.“** Und Olaf Scholz fuhr fort:

„Auf absehbare Zeit aber gefährdet Putin diese Sicherheit. Das muss klar ausgesprochen werden.“

- Zitat Ende. -

Aber gerade die Schrecken dieses Krieges zeigen uns: Wir sollten die Hoffnung auf ein demokratisches, europäisch orientiertes Russland, das die Grenzen und die Selbstbestimmung seiner Nachbarn respektiert, nicht aufgeben.

Denn ein waffenstarrer, gespaltener Kontinent bietet seinen Völkern keine Sicherheit. Das sollten wir alle aus 45 Jahren Blockkonfrontation und Kaltem Krieg gelernt haben.

Vielen Dank.